

Resolution der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Verabschiedet am Parteitag in Sursee, 16. September 2006

Atomkraftwerke sind Atomzeitbomben – erneuerbare Energien jetzt!

Im schwedischen AKW Forsmark 1 ist am 25. Juli 2006 die Stromversorgung zusammengebrochen. Während Wartungsarbeiten entstand ein Kurzschluss. Die Anlage wurde vom Stromnetz getrennt. Vier Dieselgeneratoren sollten die Wasserpumpen und die Kontrolltechnik im Reaktor mit Strom versorgen, um den Reaktorkern zu kühlen. Zwei der vier Generatoren schalteten sich kurz nach dem Start auf Grund eines fehlerhaften Wechselrichters wieder ab. Wenn die Stromversorgung länger als 90 Minuten ausfällt, kommt es zu einer Kernschmelze im Reaktorkern. Im Reaktor kam es zu einem Druckabfall und der Wasserspiegel sank um zwei Meter. Im Kontrollraum fiel der Strom aus, Rechner stürzten ab, Lautsprecher verstummten, Anzeigen fielen aus. Es war nicht klar, in welcher Position sich die Steuerungsstäbe befanden, mit denen sich die Reaktorleistung regulieren lässt. Erst nach 23 Minuten konnten die TechnikerInnen die beiden ausgefallenen Dieselgeneratoren per Hand in Betrieb nehmen und der Reaktor konnte heruntergefahren werden. (Quelle: Financial Times/SKI/Die Zeit)

Der Beinahe-Super-Gau zeigt erneut, wie extrem hoch die Risiken der Atomtechnologie sind. Dieser Fall von Extremgefährdung hat sich in einem Land mit anerkannt hohem Sicherheitsstandard ereignet, der Verweis auf die angeblich marode Technik östlicher Kraftwerke greift nicht. Dieser Unfall war in keinem Sicherheitsbericht vorgesehen und macht die Wahrscheinlichkeitsberechnungen, mit denen die RisikoanalytikerInnen weltweit die Bevölkerung einlullen, zu Makulatur. Die drei Kraftwerksblöcke in Forsmark haben einen mit Leibstadt vergleichbaren Sicherheitsstandard. Von der IAEA (International Atomic Energy Agency) wurden sie bisher zu den sichersten Anlagen der Welt gezählt. Auch in der Schweiz können Unfälle in einem AKW jederzeit eintreten. Der Hinweis auf die geringe Eintrittswahrscheinlichkeit von Unfällen mit katastrophalen Auswirkungen ist nicht stichhaltig. Zum einen werden die Risiken von einseitig argumentierenden AtomexpertInnen systematisch unterschätzt, wie das Beispiel Forsmark illustriert. Zum anderen ist die Frage des *Schadensumfangs* relevant. Dieser ist unendlich hoch und mit unvorstellbaren Konsequenzen verbunden, der Atomausstieg ist deshalb so rasch wie möglich voranzutreiben. Das letzte Wort wird das Volk haben: Seit 2005 bestehen in der Schweiz neue gesetzliche Rahmenbedingungen, der Beschluss über die Genehmigung einer Rahmenbewilligung für neue AKW untersteht dem fakultativen Referendum.

Die bestehenden AKW können mit entsprechenden Rahmenbedingungen wie der kostendeckenden Einspeisevergütung und Anreizen (CO₂-Abgabe) durch Strom aus Wasserkraft, Kehrlicht, Biomasse, Geothermie, Wind- und Solarenergie sowie durch Effizienzmassnahmen und Massnahmen zur Verbrauchsreduktion ersetzt werden, ohne dass dies eine Reduktion des Wohlstandsniveaus zur Folge hätte. Im Gegenteil: Eine solche Politik schont Gesundheit, Klima und Umwelt, ist ökonomisch sinnvoll, schafft neue Industriezweige und Arbeitsplätze. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Volkswirtschaft

muss ihre Kräfte darauf konzentrieren. Der Erfolg der neuen erneuerbaren Energien in den letzten Jahren in Europa zeigt, dass eine nachhaltige Energieversorgung möglich ist.

Forderungen der SP Schweiz

- Die SP fordert den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. Der Betrieb der AKW ist zu befristen und ein verbindlicher Ausstiegsplan, wie ihn Deutschland mit seinem Atomkompromiss beschlossen hat, zu erarbeiten.
- Bevor ein solcher Plan nicht vorliegt, ist die Standortsuche für Atommülllager zu sistieren.
- Die Versicherungsdeckung ist auf die effektiv zu erwartenden Kosten im Falle einer Reaktorkatastrophe mit grosser Freisetzung radioaktiver Stoffe zu erhöhen, gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Zivilschutz sind dies 4'200 Mrd. Franken. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen 2.25 Mrd. Franken sind völlig ungenügend. Das Risiko eines Unfalls darf nicht länger auf die Allgemeinheit und den Staat abgewälzt werden.
- Die Aufsicht über AKW gemäss Kernenergiegesetzgebung muss durch eine amtliche Behörde durchgeführt werden, welche die nötige Fachkompetenz aufweist und diese langfristig sicherstellt, keiner finanziellen Abhängigkeit unterworfen ist, unabhängig von Nutzungs- und Wirtschaftsaspekten der Atomenergie ist und nach der Akkreditierungsverordnung zertifiziert wird.
- Die Eidg. Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) darf auf keinen Fall aufgehoben werden, wie dies dieselbe Gesetzesvorlage vorsieht. Das Risikopotenzial von Atomanlagen ist so gross, dass die Aufsicht darüber zur Staatssicherheit im engsten Sinn gehört. Deshalb ist ein zweites unabhängiges Gremium zur Überwachung der Atomanlagen unabdingbar.
- Die SP fordert, dass in den entsprechenden Gremien auch FachexpertInnen, welche die Atomenergienutzung ablehnen, vertreten sind, wie dies von der GPK des Nationalrats empfohlen wurde.
- Sicherheit muss den absoluten Vorrang vor Effizienz- oder Kostenüberlegungen oder betriebswirtschaftlichen Kriterien haben.
- Erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz sind mit den entsprechenden Rahmenbedingungen zu fördern und massiv auszubauen mit dem Ziel der Vollversorgung aus erneuerbaren Energien. Zudem sind Massnahmen zu treffen, die zu einer effektiven Verbrauchsreduktion führen.